

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #39/10

04. Dezember 2010

Justus Broß, Hasso-Plattner-Institut, Potsdam: Frau Merkel, nach all den Ereignissen der letzten Monate – Stichworte: Google Street View oder auch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten bei Wikileaks: Macht Ihnen selber, persönlich – im Privaten wie auch im Beruflichen – die Nutzung des Internets manchmal Angst?

Bundeskanzlerin Angela Merkel: Nein, erst mal macht es natürlich Spaß. Dann merkt man, dass es etwas Neues ist. Und wie bei allem Neuen gibt es Dinge zu beachten, und wir haben sicherlich noch nicht die ausreichenden Regelungen, die wir brauchen, denn das Internet ist natürlich auch kein rechtsfreier Raum. Und immer wenn eine neue Technologie kam, ob das Auto waren, ob das andere Möglichkeiten waren, hat die Menschheit erst mal nachgedacht: Wie können wir uns das Gute zueigen machen und die Chancen nutzen und die Risiken eindämmen. Und deswegen hat der Bundesinnenminister jetzt zum Beispiel – nach reiflicher Überlegung – auch einen Entwurf für Datenschutz im Internet vorgelegt, und ich glaube, das gibt dann so etwas wie ein Regelwerk.

Wie weit darf ihrer Meinung nach der Einfluss, der Eingriff des Staates, wie weit darf die Regulierung des Internets gehen?

Ja, das müssen wir jetzt gemeinsam auch in der Gesellschaft in einer Diskussion bestimmen. Es darf kein rechtsfreier Raum sein, es kann ja nicht sein, dass im Internet ausgerechnet gar nichts gilt. Auf der anderen Seite darf man die Möglichkeiten des Internets nicht von vornherein zu sehr einschränken. Das heißt also, für mich beginnt es erst mal bei der Frage der persönlichen Daten, dass der einzelne Mensch sozusagen die Hoheit über das, was er weg gibt, behalten muss. Da muss man natürlich auch aufklären, dass man nicht einerseits alles nutzen kann und sich andererseits beklagen kann. Und zum zweiten müssen auch für die Arbeit der Staaten, der Behörden, der Gerichte vertrauliche Informationen vertraulich bleiben. Ich glaube, diese beiden Dinge müssen beachtet werden.

Der Bundespräsident, aber auch beispielsweise die Internet Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ erhoffen sich durch das Internet eine bessere Einbindung des Bürgers in die politischen Entscheidungsprozesse. Erhoffen Sie sich ebenfalls eine verbesserte Bürgerpartizipation in diese politisch-gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien?

Ich glaube, auf jeden Fall. Wir werden alte Kommunikationswege nicht mehr so nutzen, gerade bei der jungen Generation sieht man das ja auch schon: Man kann sich im Internet sehr schnell zusammenschließen, wenn man ein gemeinsames Projekt, eine gemeinsame Idee hat. Das machen wir uns als Parteien schon zunutze. Wir machen Chats, wir diskutieren über bestimmte Probleme, holen uns damit auch ganz schnell Stimmungen und Meinungen. Und auch in der Regierung tun wir das einmal durch E-Government, wo die Bürger also auch schneller Regierungsleistungen abfordern können, aber auch durch Diskussionsforen, zum Beispiel über nachhaltige Entwicklung, über Energie. Das heißt also, interaktiv kann viel besser und viel schneller gearbeitet werden. Und die Bürgerinnen und Bürger, die sich daran beteiligen wollen, werden mehr Mitbestimmung bekommen.

Nun hat vor vier Jahren der erste nationale IT-Gipfel der Bundesregierung in Potsdam, am Hasso-Plattner-Institut, stattgefunden. Kommende Woche findet dann der fünfte Gipfel dieser Serie statt. Damals ist diese ganze Serie der IT-Gipfel mit der Erwartung und dem Ziel angetreten, dass Deutschland mittel- bis langfristig weltweit in der IKT-Branche an die Spitze kommen sollte. Wie weit ist dieser Erwartung schon entsprochen worden?

Wir sind auf dem Weg. Also ich glaube, dieses gemeinsame Arbeiten von Wirtschaft und Politik hat sich bewährt – sowohl was jetzt die Hardwareausstattung, wenn ich mal an Breitbandverkabelung denke, aber auch was das Werben der entsprechenden Berufe anbelangt, und was auch die Angebote anbelangt. Wir haben eine Informations- und Kommunikationstechnologiestrategie der gesamten Bundesregierung. Das hat der Wirtschaftsminister in seiner Hand, und viele Ministerien arbeiten daran mit. Und das Wichtige ist, wir haben nicht nur einmal im Jahr einen Gipfel, sondern die Arbeitsgruppen tagen das gesamte Jahr, machen Angebote, und ich glaube, wir sind dadurch wirklich vorangekommen.

In der IKT-Branche fehlen laut Branchenverband BITKOM rund 28.000 Fachkräfte. Momentan wird über verschiedene Lösungen diskutiert, wie diesem Problem, diesem Fachkräftemangel entgegnet werden könnte. Wie sieht Ihrer Meinung nach eine gute Lösung gegen diesen Fachkräftemangel aus?

Also erstens müssen wir natürlich alles, was wir im Lande an Potenzial, an Möglichkeiten haben, nutzen, das heißt Menschen, die vielleicht durch Umschulung noch etwas schaffen können, junge Menschen, die heute noch keinen Job haben, immer wieder auch in diese Richtung ausbilden. Zweitens haben wir die Möglichkeiten, dass auch ausländische Studenten aus solchen Bereichen zum Beispiel im Anschluss ans Studium hier arbeiten können, in der letzten Legislaturperiode erweitert. Und wir müssen natürlich dann auch ein attraktives Umfeld bieten. Wenn junge Ingenieure woanders bessere Arbeitsbedingungen haben, dann werden selbst Deutsche das Land verlassen, und wir müssen eigentlich attraktiv sein in unseren Angeboten und auch immer wieder in der Schule für die technischen Fächer werben. Das ist nach wie vor so, die naturwissenschaftlich-technischen Fächer gelten als etwas schwieriger, und deshalb kann ich an die Branche auch nur appellieren: Wenn es mal so einen kleinen Durchhänger gibt, trotzdem junge Leute einstellen. Weil dann, wenn's boomt, natürlich nicht auf die Schnelle Fachkräfte zu beschaffen sind.

Sie haben gerade ja auch diese technischen Fächer angesprochen. MINT nennt man sie manchmal: mathematisch, naturwissenschaftlich, technisch. Nun ist es ja auch so, aktuell in Deutschland, aber auch europaweit, dass weniger als 20 Prozent aller Studienanfänger Frauen sind. Und ähnlich sieht es auch bei den anderen Fächern wie Mathematik und Ingenieurwissenschaften aus. Wie können da Ihrer Meinung nach mehr Frauen für solche Berufe oder auch das Studium der IT, Informatik begeistert werden?

Es ist so, wir haben mehr Studentinnen als Studenten, aber es ist immer noch so, dass die naturwissenschaftlichen Fächer sehr viel weniger ausgewählt werden. Ich mache jedes Jahr im Kanzleramt den „Girls‘ Day“, wo wir Mädchen ganz bewusst auch auf technische und Ingenieurberufe vorbereiten. Und das wird in vielen Unternehmen gemacht. So etwas muss man weitermachen, und wir müssen immer wieder durch die Praktika in Schulen zeigen: Das können Mädchen genauso gut wie junge Männer. Und wir können auch darauf hinweisen, dass diese Berufe meist recht gut bezahlt sind, und das spielt ja auch durchaus eine Rolle. Also einfach weiter werben, es ist bestimmt noch ein ganz schön langer Weg.